

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lebküchler, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Schokoladen- u. Kekselindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2

Er erscheint jeden Donnerstag. Redaktionsschluss Montag morgen 10 Uhr.

Insertionspreis pro dreigepaltene Petitzeile 50 Pfg., für die Zahlstellen 30 Pfg.

Lohnprobleme nach dem Kriege.

Von Wilhelm Janjzon.

In den deutschen Unternehmerkreisen wird bereits die Frage der Lohnkürzung für die Zeit nach dem Friedensschluß lebhaft erwogen. Die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände hat vor einigen Monaten in einer Eingabe den Versuch gemacht, das Kriegsamt für diese Frage zu interessieren. Das Kriegsamt sollte insbesondere auch die Bereitwilligkeit der Staatsbetriebe zum Entgegenkommen gegenüber den Arbeiterforderungen eindämmen und überhaupt den Unternehmerverbänden bei der Zurückhaltung der Lohnkurve behilflich sein. Ein praktisches Ergebnis dieser Eingabe hat sich glücklicherweise noch nicht gezeigt; aber die Bestrebungen der großindustriellen Unternehmerverbände in dieser Frage sind deshalb nicht eingestellt worden. Auf ihrer Tagung in Nürnberg vorigen Monat haben sie sich erneut damit beschäftigt und vorbereitende Arbeiten für eine spätere Abhilfe beschlossen. Insbesondere soll eine Statistik über die Arbeitslöhne aufgenommen und die Unternehmerarbeitsnachweise ausgebaut werden.

Gegen eine Statistik, die eine objektive Feststellung der Arbeitslöhne bringt, wäre gewiß nichts einzuwenden. Nur muß von ihr verlangt werden, daß sie nicht einzelne Arbeitsgruppen herausgreift, die infolge ihrer Qualitätssarbeit besonders hohe Löhne während des Krieges erreicht haben, sondern daß sie auch die niedriger entlohnten Arbeiter in richtigem Verhältnis zur Gesamtarbeiterzahl berücksichtigt. Auch ist eine objektive Berücksichtigung der verschiedenen Städte und Gegenden zu fordern, weil bekanntlich einzelne deutsche Städte oder Industriegebiete infolge besonderer Verhältnisse höhere Löhne aufweisen als andere. Ob man von der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände eine solche Objektivität erwarten darf, ist eine zweite Frage. Es ist vielmehr anzunehmen, daß sie eine solche Statistik so gruppieren wird, wie es ihren Zwecken am besten entspricht. Und ihr Hauptzweck ist, wie die erwähnte Eingabe an das Kriegsamt beweist, einer weiteren Steigerung der Arbeitslöhne entgegenzuwirken, um die spätere Lohnreduktion zu erleichtern.

Für die Gewerkschaften ergibt sich aus diesen Vorgängen der eine Vorteil, daß bereits jetzt Marsch über den Weg gemacht wird, den zum mindesten ein erheblicher Teil der deutschen Arbeitgeberverbände künftig wieder zu gehen beabsichtigen. Nicht alle Unternehmergruppen nehmen den gleichen ablehnenden Standpunkt gegen eine Verständigung mit der Arbeiterschaft ein, wie die Führer der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, deren Haltung nach wie vor von dem Geiste der rheinisch-westfälischen Großindustrie inspiriert ist. Und wir dürfen annehmen, daß ein nicht unerheblicher Teil der Unternehmerverbände jener zentralen Arbeitgebervereinigung die Verständigung dem Kampf vorziehen werden. Das gilt insbesondere für jene Unternehmerverbände, die schon bisher im Tarifvertragsverhältnis mit den Gewerkschaften stehen. Allein, der verbleibende Teil, der Gegner jeglicher Verständigung mit den Gewerkschaften ist, wird sich als groß genug erweisen, um die für die Deutsche Volkswirtschaft nach dem Kriege unheilvollsten Kämpfe zu provozieren.

Denn darüber darf schon heute kein Zweifel gelassen werden, daß die Gewerkschaften gar nicht daran denken, sich ohne weiteres von den Unternehmerverbänden diktierte Herabsetzungen der Löhne gefallen zu lassen. Daß sich heute keine Normen für den Stand der Löhne nach dem Kriege aufstellen lassen, ist klar. Die Arbeitslöhne einzelner Spezialarbeitsgruppen sind überwiegend typisch für die Stellung der Gesamtarbeiterkraft im Kriege, wie sie maßgebend sein kann für die Löhne nach dem Kriege. Aber, und darauf kommt es an, die Normen für den

Lebensunterhalt der Arbeiter werden noch lange nach dem Kriege enorm hoch sein, weil der Warenmangel und damit die hohen Preise noch lange andauern werden, und weil andererseits auch der schlechte Valutastand anormal hohe Preise für alle eingeführten Waren verursachen wird. Auf die Lebensunterhaltungskosten muß aber bei der Festsetzung der Löhne in erster Linie Rücksicht genommen werden, und die Arbeiterschaft wird darüber hinaus selbstverständlich danach streben, ihre Lebenslage zu heben und sie nicht herunterdrücken zu lassen.

Ueber die auf dem deutschen Arbeitsmarkte mögliche Lohnhöhe entscheidet freilich zunächst der Ausgang des Krieges. Die Erkenntnis dieser Tatsache war mit ausschlaggebend für die Haltung der Gewerkschaften im Kriege. Die Gewerkschaften haben jenen „internationalistischen“ Gedankengang entschieden abgelehnt, daß es dem deutschen Arbeiter gleichgültig sein könne, wer im Kriege Sieger bleibt, ob Deutschland oder die zaristische Koalition. Wer das im Verlage der „Internationalen Korrespondenz“ erschienene „Gewerkschaftliche Kriegsbuch“ aufschlagen wird, wird dort die Begründung der gewerkschaftlichen Stellungnahme zum Kriegsausgang nachlesen können. Die Gewerkschaften waren sich von vornherein darüber klar, daß eine Niederlage Deutschlands die deutschen Arbeiter um Jahrzehnte zurückwerfen, ihren Lebensstandards herabdrücken und ihre Emanzipationsbestrebungen erschweren oder gar auf lange Zeit zurück machen müßte. Das zu verhindern, wurde zu einer der wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften im Kriege.

Aber ebenso selbstverständlich ist es, daß die Gewerkschaften nach glücklichem Ausgang des Krieges, den sie mit Eifer und Kampf haben, die Früchte nicht dem Unternehmertum allein zu überlassen gedenken. Sind die maßgebenden Unternehmerorganisationen nicht zu einer Verständigung über die Lohn- und Arbeitsbedingungen nach dem Kriege bereit, so ist der Kampf unausweichlich. Die führenden Männer in der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände räumen sich sehr, wenn sie ihre Hoffnungen auf die Verständigung der Arbeiter setzen. Die Sozialdemokratie ist gespalten, das ist richtig, und es wird auch versucht, die Zersplitterung in die Gewerkschaften zu tragen. Aber hier werden die Erfolge ausbleiben. Die Gewerkschaften werden mit denen, die die Einheit der Gewerkschaftsorganisationen zu zerstören suchen, kurzen Prozeß machen. Sie sind dazu um so mehr verpflichtet, als die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände die Arbeiter rechtzeitig darauf aufmerksam gemacht hat, was in Aussicht steht, wenn die gewerkschaftliche Arbeiterorganisation nicht zusammengehalten und kompromittiert erhalten bleibt: Lohnreduktionen, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen wären nach der Haltung dieser maßgebenden Arbeitsorganisation die unausweichlichen Folgen. Aber weil das in Aussicht steht, werden die Gewerkschaftsmitglieder in ihrer großen Masse selbst sich die Zersplitterung vom Halse halten. Auf die Zersplitterung der Gewerkschaften dürfen die Führer im Unternehmertum nicht rechnen; diese ihre Hoffnung ist eine Illusion.

Die Behauptungen in der Unternehmerpresse, daß die „hohen Löhne“ nicht aufrechterhalten werden können, sobald mit dem Friedensschluß die Kriegsaufträge ausbleiben, sind irreführend. Denn erstens sind die „hohen Löhne“ nicht insofern für die Entlohnung der Gesamtarbeiterkraft — und über die Löhne der Spezialarbeiter wird eine Verständigung möglich sein, wenn die Unternehmer eine solche wollen. Diese Löhne waren immer höher als die für Branchen mit geringeren Anforderungen an die Qualifikation der Arbeiter, und es wird keine unüberwindliche Schwierigkeit bieten, einen vernünftigen Maßstab für die Regelung dieser Frage zu finden, der auch die Arbeiter befriedigen kann.

Sobald aber wird die Nachfrage nach Waren aller Art nach dem Kriege so groß sein, daß die Industrie auf Jahre hinaus mit Aufträgen zu hohen Preisen besetzt sein wird — ein gutes Ende des Krieges vorausgesetzt. Der schlechte Valutastand wird dem Export zunächst förderlich sein, so daß auch die Exportindustrie auf lohnenden Absatz rechnen kann, sobald es ihr gelingt, Rohstoffe heranzuschaffen. Für sie wird auch von Vorteil sein, daß die Löhne nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland gestiegen sind, so daß ihre Konkurrenzfähigkeit durch das Lohnkonto nicht beeinträchtigt wird.

Es ist aus allen diesen Gründen durchaus unberechtigt, wenn die Führer der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände bereits datangehen, Maßnahmen zur Herabsetzung der Arbeitslöhne zu ergreifen. Solange der Ausgang des Krieges nicht endgültig feststeht, ist dieses Vorgehen auch von Nachteil für die deutschen Interessen; denn es muß in den Reihen der Arbeiter maßlose Erbitterung wecken, wenn sie sehen, daß hervorragende Arbeitgeberorganisationen und ihre Führer keine größeren Sorgen haben, als die, wie sie nach Schluß des Krieges die Entlohnung der Arbeiter herunterdrücken können. Dagegen Front zu machen, ist die Pflicht aller, die nicht in einer einseitigen Bevorzugung der Unternehmerinteressen das Heil Deutschlands erblicken. Vor allem aber müssen die Arbeiter selbst auf der Hut sein und durch Stärkung der Gewerkschaften sich für alle Eventualitäten rüsten.

Ueber die Verhandlungen mit dem Verband sächsischer Konsumvereine

Klagt jetzt der Bericht vor. Für unsere Kollegenschaft ist nach dem Rundschreiben des Verbandes folgendes festgesetzt: Es wird den dem Verbands sächsischer Konsumvereine angeschlossenen Genossenschaften empfohlen, die jeither geltenden Feuerungszulagen aufzuheben und dafür folgende Sätze zu gewähren:

1. Für ledige männliche und weibliche Arbeiter und Angestellte sowie für Kriegsgeitante, die keinen eigenen Haushalt führen, und für Frauen, deren Männer erwerbsfähig sind, oder die Kriegsunterstützung beziehen, 20 Pft.
2. Für verheiratete Männer mit bis zu zwei Kindern oder Frauen, die bis zu zwei Kindern allein zu ernähren haben, 25 Pft.
3. Für verheiratete Männer und Frauen, die mehr als zwei Kinder zu ernähren haben, 30 Pft.

Die vorstehenden Sätze sollen sich erhöhen: für die Konsumvereine „Vorwärts“, Dresden, und Dresden-Pieschen um 7½ Pft., für den Allgemeinen Konsumverein Chemnitz und die Konsumvereine Gablenz, Silberdorf, Schönau und Neustadt bei Chemnitz, Döbeln und Grottha für Verheiratete und Verheiratete mit mehr als zwei Kindern um 5 Pft., für die Genossenschaften in Leipzig-Plagwitz, Leipzig-Dölitz, Zwenkau, Vorna bei Leipzig, Nengersdorf, Labau, Böhmisch-Reerane, Olmützhau, Lichtenhain, Zwickau, Grimnitzhau, Aue, Niesitz, Meißner, Weinböhla um 2½ Pft. Die Feuerungszulagen berechnen sich auf Grund der Vertrags- oder Tariflöhne. Ueberschenden scheiden bei der Berechnung aus.

Sind seit 1. Oktober 1916 in Rücksicht auf die Feuerung außerordentliche Erhöhungen der Vertrags- oder Tariflöhne vorgenommen worden, so können diese auf die zu gewährenden Feuerungszulagen ganz oder zum Teil angerechnet werden.

Die Feuerungszulagen sollen pro Woche mindestens betragen

für das Erzgebirge, das Vogtland, die Oberlausitz und den Bezirk Chemnitz (außer dem Allgemeinen Konsumverein Chemnitz und den Vereinen in den Orten Schönau, Gablenz, Silberdorf und Neustadt bei Chemnitz) pro Woche M 3, in den übrigen Vereinen pro Woche M 4, beim Konsumverein „Vorwärts“, Dresden, und Dresden-Pieschen pro Woche M 5.

Als Kinder gelten auf Grund der Unterhaltungspflicht zu ernährende Angehörige bis zum Alter von 15 Jahren.

Die erhöhten Steuerzulagen auf Grund der vorstehenden Vereinbarungen sollen ab 1. November 1917 geltend gemacht werden.

Den Vereinen wird ferner empfohlen, in ihrer nächsten, bedingt zu berufenden gemeinschaftlichen Sitzung auf Grund des vorliegenden Rundschreibens die Steuerzulagen zu beschließen.

Die vorstehend vorgeschlagenen Steuerzulagen sollen für alle in Konsumvereinen Beschäftigten, also auch für die Vorstandsmitglieder, Geltung haben.

Vorarbeiten und kein Ende.

Der Sekretär einer größeren mitteldeutschen Konsumvereinsvereine schreibt uns: Bis jetzt haben sich Leiter größerer Betriebe zu den wöchentlichen Artikeln, die über obiges Thema geschrieben wurden, wenig geäußert.

Man jagte bis jetzt, von einigen jährlichen Ausführungen abgesehen, die Feinde der Nacht- und Vorarbeit einfach mit den drei Worten: es geht nicht! abzutun.

Was geht denn eigentlich nicht? Heute, wo die Maschinen liegen gekratzt und die Wagen ohne Pferde und die Schiffe nicht auf, sondern unter dem Wasserpiegel fahren.

Man hat nun schon zugegeben, daß bei dem Beginn der Arbeit um 7 Uhr des Morgens die Sauer um 10 beziehungsweise um 11 Uhr abends gestellt werden können.

Auf eine Abhandlung im Heinen möchte ich heute verzichten; nur das eine sei mir gestattet zu sagen: Es geht sehr wohl, die Sauer bis zu 15 und 18 Stunden zu lassen, ohne daß sie eine falsche Sauer entwickeln oder von der Triebkraft einbüßen.

Für Reichsbrot kann die Gewährung von Vorarbeiten gar nicht in Betracht gezogen werden, weil das Arbeitslohn bei Frühbeginn doch nicht möglich ist.

Nun fragt sich der Konsument und auch der Produzent: Was soll denn das Morgen zum Kaffeegeschäft werden? Ja, müssen es denn abends warme Brötchen sein? O nein, sind vertrocknete Gaumen kommen doch auf ihre Kosten.

Hier liegt für den Hausmann ein weites Feld zur Verwirklichung seiner Kräfte frei, um neuen Verhältnissen und Anforderungen gerecht zu werden.

interessierten Leser — hoffentlich sind es alle! — in der Tagespresse mit großem Eifer verfolgt haben. Da jetzt endlich wieder ein gewisser Beharrungszustand Platz gegriffen zu haben scheint, lassen sich die in die Zukunft führenden Wege einigermassen überblicken.

Die Waffen nieder! Hörst du den Ton machtvoll dröhnen aus östlichem Lande? Stürzt er den Kriegsgott endlich vom Thron, daß er verröchelt im blutigen Sande?

veranschaulicht, erscheint uns doch noch etwas sehr fraglich. Zu wünschen wäre es natürlich, die „Internationale Korrespondenz“ zu lesen.

Von allen Regierungsstellen ist eifrig betont worden, daß Schwanders Rücktritt am sozialpolitischen Programm der Regierung nichts ändere, und diese Angabe verdient allen Glauben.

Sehen wir uns diese sozialpolitischen Reformen etwas näher an. Es handelt sich um die Vereinfachung jener sozialpolitischen Bestimmungen, die der Ausübung des Koalitionsrechtes ausnahmsweise Sanktionen zogen.

Der großen Wichtigkeit in der Zeitung der Reichsregierung, die mit dem Abgang Hofmann-Schöppe eintrifft, das mehrfache auf und ab, was wieder in den nächsten Monaten eine ähnliche Gleichgültigkeit sich einstellen, alle die, besonders bei der Episode Schöppe, zutage tretenden politischen und sozialen Regierungsverhältnisse werden unsere politische

auch wenn diese Verträge und die Streikabrede nach der Gewerbeordnung, § 153 Absatz 2, ohne jede verpflichtende Rechtskraft waren.

Die Schaffung von Arbeitskammern steht schon seit drei Jahrzehnten im Mittelpunkt der sozialpolitischen Grörterungen. Es darf daran erinnert werden, daß die Gewerkschafts-Kongresse sich wiederholt mit großer Mehrheit gegen Arbeitskammern und für Arbeiterkammern ausgesprochen haben.

Neben diesen beiden Reformen, die in kurzer Frist durchgeführt werden müssen, soll und wird eine große Sachverständigenkommission gebildet werden, welche für die Zeit nach dem Kriege den Neuaufbau des Arbeitsrechtes gründlich vorbereiten wird.

Die Zeit muß nunmehr vorüber sein, da die Sozialpolitik der Gnade oder Ungnade der Industriellen ausgeliefert war; sie muß unabhängig sein und frei gemacht werden von hemmenden Einflüssen!

Wirtschaftliche Rundschau.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat in ihrem Nachruf für Dr. Helfferich besonders auch der Tätigkeit des verstorbenen Vizelandes und Staatssekretärs auf dem Gebiete der sogenannten Ubergangswirtschaft gedacht.

Vor allem muß man sich klar darüber sein, daß die Grundlagen der Produktion und des Weltverkehrs sich für die meisten Industriezweige im Verlauf des Krieges völlig verändert haben, und daß die Verhältnisse in kommenden Friedenszeiten nimmermehr eine Fortsetzung des früheren Zustandes sein können.

Das sozialpolitische Programm der Reichsregierung.

Der großen Wichtigkeit in der Zeitung der Reichsregierung, die mit dem Abgang Hofmann-Schöppe eintrifft, das mehrfache auf und ab, was wieder in den nächsten Monaten eine ähnliche Gleichgültigkeit sich einstellen, alle die, besonders bei der Episode Schöppe, zutage tretenden politischen und sozialen Regierungsverhältnisse werden unsere politische

steht, wird in seinen Ergebnissen für die deutsche Volkswirtschaft davon abhängen, welchen Boden er für seine Entwicklung findet. Den Boden vorzubereiten aber ist unsere Aufgabe. Wünsche zu früheren Zuständen zurückzuführen, bleiben erfolglos, wenn sie noch so oft von Staatssekretären und sonst hochvermögenden Korporationen wiederholt werden; aber sie hindern an wertvoller Arbeit, sie verzögern zum mindesten notwendige Maßnahmen, die den Zweck verfolgen müssen, auf allen Gebieten unseres Wirtschaftslebens die rationellsten Produktionsmethoden zur Geltung zu bringen und den Ballast unwirtschaftlicher Betriebsführung ohne Verzögerung abzutragen. Nicht durch Verordnung einiger behördlicher Instanzen sind die uns entstandene Miesenaufgaben zu lösen; die Träger der Produktion sind die zur Lösung Berufenen; aber es muß ein Plan da sein, ein einheitlicher Wille und die Erkenntnis, daß dort, wo die Einsicht fehlt und sich nicht einstellen will, der Staat das letzte und entscheidende Wort sprechen wird. Zusammenflüsse und Zusammenlegungen werden, wenn sie ihren Zweck erfüllen sollen, weder in drei noch in fünf Jahren nach Friedensschluß rückgängig gemacht werden können; niemand darf darüber hinweggetäuscht werden. Wiederholt vernahm man die Andeutung, daß auch Dr. Helfferich selbst nicht dem Glauben zuneige, die verschiedenen Stilllegungs- und Zusammenlegungsaktionen ließen sich nach Beendigung des Krieges bald wieder aus der Welt schaffen. Seine anderslautenden Erklärungen, wollte man damit begründen, daß er es für richtig halte, eine Politik der Beruhigung zu treiben und deshalb den Interessenten nicht alles zu sagen, was er selbst wohl längst erkannt habe. Daß das eine äußerst gefährliche Methode wäre, bedarf keiner Betonung. Über im ganzen erscheint eine derartige „Meberpolitik“ durchaus ungläubwürdig; denn auch die großen wirtschaftlichen Fragen sind bisher in der Art behandelt worden, die einer Erledigung durch Biegenlassen im wesentlichen gleichkommt.

In Erörterungen über die Versorgung Deutschlands mit Baumwolle, Kupfer und Pflanzenerzeugnissen, um einige der wichtigsten Erzeugnisse hervorzuheben, ist unter Helfferich meist der Standpunkt vertreten worden, daß uns England und Amerika, die die Kontrolle über die entscheidendsten Gebiete der genannten Produkte ausüben, nach dem Kriege selbstverständlich alle diese Waren liefern würden, weil sie ja doch auch ein Interesse daran hätten, Geschäfte zu machen. Das mag einen klugen Eindruck machen, ist aber höchst kurzfristig; denn die geschäftlichen Fähigkeiten und Kenntnisse der Marktverhältnisse, eine wirtschaftliche Machtstellung auszumühen, wird man den Engländern und Amerikanern wohl zutrauen. Nichts spricht dafür, daß die Engländer oder Amerikaner sich heissen werden, die Freiheit jener Märkte herzustellen; alles dagegen spricht für die Annahme, daß zwischen englischen und amerikanischen Großkapitalkreisen unter Führung der Regierungen beider Länder eine Einigung über eine kartellierte Marktbeherrschung vorbereitet wird, unter der Deutschland der Willkür der Nationalisierung und der Preisbestimmung der englisch-amerikanischen Kartellträger ausgeliefert sein würde. Dieser englisch-amerikanischen Strategie gegenüber müssen Entscheidungen getroffen werden, die in allererster Reihe auf dem Gebiete weltpolitischer Orientierung liegen.

Wenn von industriellen und kaufmännischen Organisationen das Programm gefordert und gelobt wird, das höchstmögliche Einstellung jeder Tätigkeit kriegswirtschaftlicher Organisation und der damit verbundenen Einschränkungen der geschäftlichen Bewegungsfreiheit verkündet, so darf nicht übersehen werden, daß die Motive dafür außerordentlich verschieden sind. Die Schwerindustrie weiß sicherlich, daß eine kräftige Durchorganisation der für sie in Betracht kommenden Industriezweige nach dem Kriege noch mehr als vorher eine Lebensnotwendigkeit ist. Sie glaubt, im Besitz dieser Organisation bereits zu sein oder ist der Überzeugung, daß sie der staatlichen Hilfe zu diesem Zweck sehr wohl entzehen kann, weil die maßgebenden Werke mit ihrer Gefolgschaft auf Grund der eigenen Kräfte sich wohl zutrauen, mit Widerständen aus der Konkurrenz selbst fertig zu werden. Straubt sich die Schwerindustrie gegen die Organisation zur Zusammenfassung der Kräfte, so will sie damit vermeiden, daß außer ihren Organisationen noch andere Stellen über wichtige Fragen, und seien es nur die der Absatzverteilung und der Preisgestaltung, zu bestimmen haben sollen. Anders ist die Lage der mittleren und kleineren Industrien, die der strengen Kartellgebilde bisher entzehen, und deren Zusammenfassung eine Aufgabe ist, die eine befriedigende Lösung nicht ohne einschneidende Maßnahmen finden kann.

Durch Bundesratsverordnung ist die an dieser Stelle bereits angeführte Genehmigungspflicht für Gründungen und Kapitalerhöhungen von Aktiengesellschaften ergangen. Danach bedürfen Gründungen von Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien und Gesellschaften m. b. H. mit einem Kapital von mehr als M 300 000 ebenso der Genehmigung durch die Reichsbank wie Kapitalerhöhungen, die den angegebenen Betrag übersteigen. Die Ausgabe neuer Aktien, die sich im ersten Halbjahr 1916 auf 124 Millionen Mark belief, ist im gleichen Zeitraum des Jahres 1917 auf 302 Millionen Mark angewachsen, allen Mahnungen zur Zurückhaltung zum Trotz. Wie die Begründung der Verordnung darlegt, mußte nach einem geschicklichen Mittel gesucht werden, das die Gesellschaften zwingt, einer berufenen Stelle die obwaltenden Verhältnisse klarzulegen und welches unerwünschte Belastungen vom deutschen Kapitalmarkt fernhalten kann. Nun drängt sich wiederum die Frage auf, in welcher Weise die Genehmigungspflicht von Kapitalerhöhungen und Neugründungen gehandhabt werden soll. Alles kommt darauf an, der Vergewaltigung von Kapital und Staat vorzubeugen und alle Mittel den wirtschaftlichen Stellen zuzuführen, die der Stärkung im volkswirtschaftlichen Interesse bedürfen. Ein enges und planmäßiges Zusammenarbeiten aller Wirtschaftskreise läßt sich nicht erreichen, wenn nicht alle Lehren und Forderungen, die sich aus dem Kriege ergeben, Pessimationen bleiben sollen. Auf eigene Faust sehr das Großkapital den Zusammenbruch rühlig und rüstig fort. In den letzten Tagen kündigte die Diskonto-Gesellschaft die Erhöhung ihres Grundkapitals um 10 Millionen auf 310 Millionen

Mark an. Sie übernimmt den Magdeburger Bankverein, die Westdeutsche Kassenbank, den Cronauer Bankverein und den Heiner Bankverein. Erhebliche Posten von Aktien dieser Banken hatte die Diskonto-Gesellschaft bereits in ihrem Besitz. In der Montanindustrie wird die Fusion eines ober-schlesischen Werkes mit einem rheinisch-westfälischen Unternehmen vollaufen; die Bismarckhütte nimmt die Westfälischen Stahlwerke auf. Diese Verbindung zwischen Ober-schlesien und Rheinland und Westfalen auf dem Fusionswege unternehmen auch die Linde-Solmann-Werke in Breslau durch Aufnahme der Waggonfabrik Gerbrand & Co. Aktiengesellschaft in Geln. Um insgesamt 150 Millionen Mark erhöhen die im Anilinongern vereinigten chemischen Werke ihre Grundkapitalien. Die Badische Anilin- und Soda-fabrik sowie die Farbenfabrik vorm. Bayer in Leverkusen schließen zu einer Vermehrung des Aktienkapitals um je 36 Millionen Mark. Die A.-G. für Anilinfabrikation in Berlin-Treptow erhöht ihr gegenwärtig M 19 800 000 betragendes Aktienkapital um etwa 12 Millionen Mark. Die Chemische Fabrik Griesheim-Elektron erhöht um 3 bis 9 Millionen Mark auf 25 Millionen Mark und die Chemische Fabrik Weiler-Locher-Meer um etwa 2 Millionen Mark. Den kleineren Gesellschaften wurde eine Erweiterung ihres Kapitals über das Verhältnis zwischen den Gewinnquoten der Interessengemeinschaft hinaus zugestanden. Auch die Leopold Casella Compagnie G. m. b. H. wird eine Erhöhung ihres gegenwärtig 30 Millionen Mark betragenden Grundkapitals durchführen. — Die Chemischen Werke vorm. Dr. Heinrich W. H. wurden von den Gulben-werken Chemische Fabrik A.-G. in Piesdorf übernommen. — Im Brauereigewerbe bauern die Fusionen in den verschiedenen Gegenden Deutschlands an.

Verbandsnachrichten.

Drittung.

Vom 19. bis 24. November gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beträge ein:
Für Oktober: Jena M. 31, Bielefeld 197,40, Bay-reuth 32,45, Lüneburg 30,10, Karlsruhe 7,60, Brandenburg 45,16, Lörrach 41,10, Grimnitzschau 25,77, Meissen 15, Götting 62,99, München 1062,32, Solingen 44,15, Straßburg i. Elz. 51,51, Oldenburg 28,60, Eisenach 21,57, Colmar 11,25, Dusseldorf 33,75, Kaiserslautern 4, Rülfringen 46,05, Darmstadt 39,50, Lügdeburg 42,75, Gildesheim 7,33, Königsherg 74,75, Striegau 11,35, Splingen 28,25, Reiz 161,55, Leisnig-Döbeln 36, Braunschweig 134,82, Sonneberg 26,71.
Für September und Oktober: Danzig M. 124,05, Amberg 15,93.
Für Abonnements und Annoncen: München M. 14,40.
Mit der Hauptkasse restieren für Oktober: Bad Reichenhall, Gaderleben, Garburg und Waldenburg.
Für September und Oktober: Jzehoe.
Der Hauptkassierer. D. Freitag.

Von Kollegen aus dem Felde für Unterstützungszwecke.
An die Verwaltung Berlin: Von C. R. M. 3, von R. J. M. 2. Früher quittiert M. 4325,33, heute quittiert M. 5, zusammen M. 4330,33.

Sterbetafel.

Breslau. August Gabureck, am 5. November.
Essen a. d. R. Karl Bombach, 20 Jahre alt.
Kriegsverluste des Verbandes.
Bezirk Breslau. Erwin Belkner (Liegnitz) gestorben in einem Kriegslazarett.
Bezirk Dresden. Kurt Härtig, Bäcker, gefallen im September.
Bezirk Halle a. d. S. Manfred Repman (Zeitz), Konditor, gefallen.
Bezirk Herford. Wilh. Rosenbaum, gefallen.
Bezirk Leipzig. Karl Michel, Bäcker, 43 Jahre alt, im Lazarett gestorben.
Bezirk Nürnberg. Johann Bertlein, Bäcker, gefallen am 26. Oktober.
Bezirk Regensburg. Anton Müller (Augsburg), seinen Verwundungen im Lazarett erlegen.
Bezirk Strassburg. Carl Wegscheider (Markirch i. E.), Bäcker, gefallen.
Ehre ihrem Andenken!

Fahrbewegungen und Streiks.

Bäcker.

Ein Tarifvertrag zwischen der Dampfbackerei A.-G. zu Bremen und unserer Ortsverwaltung Bremen, der jetzt abgeschlossen wurde, lautet:
§ 1. Arbeitszeit. Die Arbeitszeit der Bäcker beträgt ausschließlich einer Pause von einer halben Stunde neun Stunden täglich. Wöchentlich dürfen nicht mehr als sechs Schichten geleistet werden.
§ 2. Lohn. Der Lohn der Bäcker beträgt M 40. Zu diesem Lohne wird für die Zeit bis zum 1. April 1918 eine Feuerungszulage von M 4,50 gezahlt. Verantwortlichen Arbeitern wird entsprechend mehr gezahlt. Die Löhne gelten als Wochenlöhne, und für Feiertage, die auf einen Wochentag fallen, werden keine Abzüge gemacht. Für Saunenachen an Sonntagen wird M 2 vergütet. Aus-schlüssen erhalten denselben Lohn wie feste Arbeiter.
§ 3. Überstunden. Überstunden werden mit 90 % pro Mann und Stunde bezahlt. Für Überstunden an Sonn- und Feiertagen wird pro Stunde M 1 bezahlt.
§ 4. Lohnzahlung. Die Lohnzahlung erfolgt wöchentlich, und zwar freitags; ist der Freitag ein Feiertag, am vorhergehenden Werktag.

§ 5. Ferien. Alle Beschäftigten erhalten, sofern sie vor dem 1. Januar des betreffenden Jahres eingestellt sind, in der Zeit vom 1. Mai bis 30. September unter Weiterzahlung des Lohnes 6 Arbeitstage Ferien. Nach dreijähriger Beschäftigungsdauer 9 Arbeitstage. Die Ferien sind in der betriebsstillen Zeit zu nehmen. Ueber die Ein-teilung wird zwischen der Geschäftsleitung und dem Arbeiterausschuß vorher eine Verständigung erzielt.
§ 6. § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Alle im Betriebe beschäftigten ledigen Arbeiter erhalten bei einer Beschäftigungsdauer
von 1 Monat..... 3 Tage
„ 1 bis 3 Monaten..... 6 Tage
über 3 Monate..... 2 Wochen
von 2 bis 5 Jahren..... 3 Wochen
über 5 Jahre..... 4 Wochen

Zusatz zum Krankengeld, so daß Zuschuß und Krankengeld die Summe des zutreffenden Lohnes ausmachen. Verheiratete Arbeiter erhalten bei einer Beschäftigungsdauer bis zu 3 Monaten den Zuschuß genau wie Ledige; bei einer Beschäftigungsdauer über 3 Monate erhalten Verheiratete bis zu 6 Wochen Zuschuß zum Krankengeld.

§ 7. Kündigung. Die Kündigungsfrist beträgt für beide Teile 3 Tage.

§ 8. Arbeiten an Wochenfeiertagen. Die an Wochenfeiertagen zu leistenden Arbeitsstunden werden mit Überstundenlohn extra vergütet.

§ 9. Schlichtung von Differenzen. Entstehen zwischen der Firma und den Beschäftigten aus dem Arbeitsverhältnis Differenzen, so ist deren Beilegung durch mündliche Verhandlungen zwischen der Firma und dem Arbeiterausschuß des Betriebes oder dem zuständigen Organisationsbetreuer zu suchen. Führen diese Verhandlungen zu keinem beide Teile befriedigenden Ergebnis, so ist das Gewerbegericht Bremen als Einigungsamt anzurufen.

§ 10. Schlußbestimmungen. Die bei der Einführung dieses Tarifes bestehenden günstigeren Lohn- und Arbeitsbedingungen werden durch diese Neuregelung nicht beeinträchtigt, sondern behalten auch nach der Geltung dieser Tarifvertrag für die Dauer von 2 Jahren, und zwar vom 1. November 1917 bis 31. Oktober 1919. Wird derselbe nicht einen Monat vor Ablauf von einer der beiderseitigen Parteien gekündigt, dann läuft er stillschweigend ein Jahr weiter und immer so fort, bis von einer Seite eine Kündigung erfolgt.
Bremen, den 20. November 1917.
(Unicrichriften.)

Fabrikbranche.

Bei Gebrüder Hörmann A.-G., Dresden, Mafel-fabrik, sind nach Vorstelligwerden des Arbeiterausschusses die Löhne für die Arbeiterinnen um 8 % pro Stunde erhöht worden, so daß sie nun 48 % pro Stunde betragen.

Korrespondenzen.

Bäcker.

Jakob Burgmayer †. Am 20. November ist unter ältestes Mitglied in Hamburg und zugleich das älteste Mitglied unseres Verbandes in ganz Deutschland durch den Tod von längerer Krankheit erlöst worden. Jakob Burgmayer trat im Juni 1888 dem Fachverein der Bäckergesellen von Hamburg-Altona bei; im Jahre 1885 war er außerordentlich dafür tätig und sah sein erhofftes Ziel in Erfüllung gehen, daß sich der Fachverein dem neugegründeten Zentralverband der Bäcker Deutschlands anschloß. Seit dieser Zeit ist unter Jakob ein stets eifriges Verbandsmitglied gewesen, hat besonders in den schwersten Zeiten der Organisation, bei dem geschwändigen erbitterten Streit im Jahre 1889 tüchtig seinen Mann gestanden. Während des Streiks errichtete er eine Gastwirtschaft, die sofort das Verkehrslokal der Streikenden und der Zentralpunkt des Streiks wurde. Mancher in Not befindliche Streikende ist von ihm in dieser harten Zeit versorgt worden, ohne dafür bezahlen zu können. Nach dem Streit arbeitete unser Freund zeitweilig im Café und fand dann schließlich dauernd in den Genossenschaften seine Existenz; zuletzt war er über ein Jahrzehnt in der „Produktion“ tätig. Stets hat unser Freund in gewerkschaftlicher Beziehung tüchtig seinen Mann gestanden; war er in der Arbeit der beachtete und geachtete Kollege seiner Mitarbeiter, so war er auch in der sozialdemokratischen Partei einer der fleißigsten und eifrigsten Pioniere. In Reihe unserer Verbandsmitglieder wirkte er schon unter dem Sozialistengeicht eifrig, um Anhänger und Mitkämpfer für die Partei zu werben, und freudestrahlend wies er darauf hin, als es ihm zum ersten Male gelungen war, alle Verbandsmitglieder und Vertrauensleute der Partei als Mitglieder zuzuführen. Sein Eifer in der Gewerkschaft und besonders in der Partei ließ bis zum Ausbruch seiner Krankheit nicht nach; 34 Jahre hat er als leuchtendes Beispiel von Pflichttreue in unserer Gewerkschaft mitgekämpft und 31 Jahre in der sozialdemokratischen Partei. In Trauer sehen wir unsere selbstlosen Freunde aus unserer Mitte scheiden! Ein ehrendes Andenken bleibt dem Braven!

Chemisch. Am 14. November fand in Niederhafflau bei Wikan i. S. im „Gasthof Vogenstein“ eine allgemeine Bäcker- und Konditorenversammlung statt. Kollege Carl Chemisch sprach über die Themen: „Wo bleibt das geistliche Verbot der Nacharbeit?“ und „Die Lehrlingsfrage während des Krieges“. Zu beiden Vorträgen legte eine lebhafte Aussprache ein. Alle zu den beiden Fragen sprechenden Meister stimmten den Ausführungen des Vortragenden zu. Die bekannten beiden Entschlüsse wurden einstimmig angenommen. Die Versammlung war von seiten der

Meister, Meisterfrauen und Gesellen stark besucht; letztere waren alle, soweit sie noch beschäftigt sind, erschienen. Die Sitzung erstreckt sich auf zwei auseinanderliegende Tage...

Ortsfeld. Am 27. Oktober fand hier im Volkshaus eine Quartalsversammlung statt, zu der auch die unseren Verhältnisse noch fernstehenden in Profifabriken und kleineren Bäckereien beschäftigten Kollegen eingeladen wurden...

Der Jahresschlussbericht, dem die Beschlüsse überreicht werden waren, hat unserer Jahreshilfsleitung dann ganz deutlich, daß sie jetzt noch nicht den richtigen Augenblick...

Sollte u. d. S. Das geschätzte Verbot der Nachtarbeit wurde erneut in einer zum 13. November nach dem Wädere...

Regensburg. Am 10. November lagte in der „Schiller-Halle“ eine allgemeine Bäckergesellenversammlung mit der Tagesordnung: 1. Die Ermüdung der Arbeiterbewegung...

Regensburg. Am 10. November lagte in der „Schiller-Halle“ eine allgemeine Bäckergesellenversammlung mit der Tagesordnung: 1. Die Ermüdung der Arbeiterbewegung...

Wädereimern will wohl nicht mehr die Nachtarbeit kommen sehen, das hat sich bei der Abstimmung im Felde gezeigt. Trotzdem aber liefen die Profifabrikanten schon wieder...

Stettin. Am 10. November hielt die Jahreshilfe eine außerordentliche Versammlung ab, wozu die ganze hiesige Meisterschaft eingeladen war. Bevor der Vorsitzende auf die Tagesordnung einging, wurde des Kollegen S. Weich...

Allgemeine Rundschau.

Die kubanische Zuckereerte. Dem Statistik vom 29. September ist zu entnehmen, daß die diesjährige Zuckereerte Kubas die vorjährige noch zu übertreffen scheint...

Literarisches.

Von den „Sozialistischen Monatsheften“ ging uns das 21. Heft, 1917, zu. Preis 60 Pf. Man abonniere auf die „Sozialistischen Monatshefte“ (von denen alle zwei Wochen ein Heft erscheint) in allen Buchhandlungen, Kiosken usw...

Von der „Neuen Zeit“ ist loben das 8. Heft vom 1. Band des 36. Jahrganges erschienen. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolportage zum Preise von M. 3,90 das Vierteljahr zu beziehen...

Vom „Wahren Jakob“ ist loben die 24. Nummer des 34. Jahrganges erschienen. Der Preis der Nummer ist 15 Pf. Probennummern sind jederzeit durch den Verlag G. O. W. Dietrich, G. m. b. H. in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolportage zu beziehen.

Der in seinem zweimonatlichen Jahrgang vorliegende Neue Welt-Kalender für das Jahr 1918 (Hamburger Buchhandlung und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg), dessen Ausstattung trotz aller Schwierigkeiten noch eine ganz ausgezeichnete ist, enthält unter anderem: Kalenderium, Illustr. Bild. Beachtenswerte Adressen, Sozialistisches, Unsere Taten (mit...

Porträts, Messen und Märkte. Im Kreislauf des Jahres. Weizen, Stige von Fritz Müller (mit Illustrationen). Karl Mary von Witt, Was (mit Porträt). Das Leben (Gebicht von Wally Mann. May Klingers Darstellung des Krieges (zu dem Hauptbild). Kunstbestimmter auf dem östlichen Kriegsschauplatz von Adolf Bruno (mit Illustrationen). Der unterirdische Krieg, Stige von F. Weich (mit Illustration). Mächtigsten Amos daumal über die Kriegsschauplätze der Gegenwart. Abwärts, Erzählung von Helene Voigt-Diederichs (mit Illustrationen). Mächtige Kriegsklopffürsorge, von Dr. S. Drucker (mit Illustrationen). Zeitgenössische Statistik. Die Kraft der Leuchttechnik, von Felix Linte (mit Illustrationen). Eine Geschichte vom Aufsteigen, Stige von Richard Schiller. Humor im Jazarett, Plaudereien von Alfred Weiser. Der Feuertempel, Gedicht von Edwin Hoerle. Volksdienst, Gedicht von S. Gäßner. Papier-Zerfall, von Karl Hermann. Gränder (mit Illustrationen). Mächtige Waffenswertes in Wort und Bild. Daumal Jahre Polengeschichte, von Dr. Franz Dieckhoff (mit Illustrationen). Das Mädchen spricht, Gedicht von Wally Mann. Die Sozialpolitik im Kriege, von Friedrich Klees. Notgeld, von Adolf Weiser (mit Illustrationen). Geschichtliche Reminiscenzen. Kraftgrenzen der Sprengstoffe (mit Illustration). Gräbe aus der Fremde (mit Illustration). Das Galten, von E. Friede Schäfer (mit Zeichnungen). Mein Junge, fliegende Blätter. Für unsere Kämpfer. Wägen drei Bilder auf Kunstbruchpapier: Der Krieg, Nachrichten aus dem Felde, Winterstimmung. Ein Wandkalender. — Der Preis des Kalenders beträgt 60 Pf.

Spätestens am 1. Dezember ist der 49. Monatsbeitrag für 1917 (2. bis 8. Dezember) fällig.

Mitglieder-bezw. öffentliche Versammlungen.

- Freitag, 2. Dezember: Dortmund: 8 Uhr bei Schloßmayer, Steinstraße. — Donau: 11 Uhr bei Müller, Bohrtstraße. — Saarrevier: Im Gasthaus „Zur Pfalz“, Neunkirchen, Wellerwälder Straße 38. — Zahl: 8 Uhr im „Dombergs Anstalt“.
- Dienstag, 4. Dezember: Potsdam: 8 Uhr bei Hausmann, Kaiser-Wilhelm-Straße 38. — Regensburg: 7 Uhr, „Schillerlinde“, Göttingerstraße 31.
- Freitag, 8. Dezember: Eisenach: Gasthaus „Zum weißen Hirsche“, Alexanderstraße 105.
- Freitag, 9. Dezember: Essen a. d. R.: 10 Uhr, „Zum schwarzen Diamanten“, Essen W., Frohhauser Markt.

Anzeigen.

Nachruf. Der Weltkrieg entriß uns unser langjähriges treues Mitglied, den Bäcker Karl Wegscheider aus Markkirch i. G. Sein Andenken wird in Ehren gehalten. Die Jahreshilfe (Colmar i. E. [M. 3,60])

Nachruf. Fern seiner Heimat, im jugendlichen Alter von nur 20 Jahren, starb an der Prototariertkrankheit unser Kollege Karl Bombach. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten. Jahreshilfe Posen a. d. R. [M. 3,60]

Nachruf. Der Krieg forderte von unserer Jahreshilfe ein neues Opfer! Unser Kollege Johann Berklein Bäcker, ist am 26. Oktober gefallen. Die Jahreshilfe verliert in ihm einen sehr fleißigen Mitarbeiter, dessen Verlust wir aufrichtig beklagen. Sein Andenken wird weiterleben! [M. 4,20] Jahreshilfe Nürnberg.

„Kuchenmisch“ bestmöglicher Mittel zum Streichen der Bleche und Formen. Probekiste M. 6, von 6 Kge. an M. 5,50. Sehr zu empfehlen! Liebing & Co., G. m. b. H., Leipzig 3. D., Koblgartenstraße 6. Telefon 2290. Nürnberger Bäcker- und Konditorgesellen decken ihren Bedarf am besten bei Hans Derfuss, Schneidermeister, Heugasse 2, 1 Et.